

# Kommando: Volle Kraft voraus!

## Sofortmaßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West

### Was der Osten jetzt sagt:

Es reicht. Lange genug haben wir uns erklären lassen müssen, dass im Osten alles schief und im Westen alles richtig läuft. Jetzt wird es Zeit, den Kopf zu heben. Was dreißig Jahre verschleppt wurde, packen wir an. Jetzt.

Gemeinsamkeit wächst nicht von allein. Es ist Zeit zum Bedanken. Für den Westen! Beim Osten! Für den Mut von 1989 – und in den langen Jahren danach. Fast vier Millionen Menschen haben den Osten in Richtung Westen verlassen. Gut ausgebildet, anpassungsbereit und fleißig haben sie mehr für die Einheit getan als jeder Wirtschaftsminister in Bonn und Berlin. Sie sind die Fachkräfte, sie sind die Mütter und Väter, die den Landesteil West stärker und jünger machen. Es wird Zeit für die Unternehmer, sich zu bedanken, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Osten. Sie haben auf Lohn verzichtet, länger gearbeitet, die eigenen Interessen zurückgestellt. Es wird Zeit für das bundesdeutsche Establishment, um sich zu bedanken, bei den ostdeutschen Akademikerinnen und Akademikern, den Fachleuten und Spezialisten, die ausnahmslos in die zweite Reihe traten und Platz machten für die aus dem Westen. Es ist Zeit für den Zahnarzt aus Kiel und die Anwältin aus Stuttgart um Danke zu sagen, für die pünktlichen Mietzahlungen, in jedem neuen Monat, Jahr für Jahr, aus dem Osten.

Es reicht. Oft genug haben wir gehört, dass es jeder schaffen kann, in der Marktwirtschaft. Jetzt wird es Zeit für Ehrlichkeit. Wir sehen, dass der Markt nur denen wirklich gibt, die schon viel haben. Wir sehen die wachsende Ungleichheit, die riesige Zahl armer Kinder und Familien – gerade auch in Sachsen-Anhalt. Die deutsche Einheit vor drei Jahrzehnten schien ein einziger Siegeszug von Freiheit und Markt. Die unvollendete Einheit heute ist das Problem einer Freiheit ohne Gleichheit. Die Corona-Pandemie hat schonungslos offengelegt, dass soziale Ungleichheit im Zweifel eine Frage von Leben und Sterben ist. Dass der Markt mächtig ist, aber skrupellos gegen Mensch und Natur, wenn ihm niemand in den Arm fällt.

### Was DIE LINKE jetzt sagt:

Das Fortbestehen ungleichwertiger Lebensverhältnisse ist kein Betriebsunfall der deutschen Einheit, sondern politisch gewollt. Von der Ausverkaufspolitik der Treuhand, dem Plattmachen

der ostdeutschen Konkurrenz über die Absicherung der Niedriglohnzone Ost durch die Agenda 2010 und die verstärkte Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zieht sich eine politische Linie. Sie besteht in der Ausbeutung der Ost-West-Unterschiede als Geschäftsmodell, dessen soziale Folgeschäden mit Staatsgeldern bezahlt werden müssen. Die konsequente Fortsetzung dieser Politik ist das Fernhalten der Ostdeutschen von den Schlüsselstellen in Staat und Gesellschaft.

Die Einhegung der Marktwirtschaft, der soziale Ausgleich zwischen den Klassen war die Lehre aus den grausamen Verheerungen zweier Weltkriege. Heute steuern wir auf Verhältnisse zu, die längst überwunden schienen. In kaum einem anderen Land Europas ist Reichtum so ungleich verteilt wie hierzulande. Die reichsten zehn Prozent haben mehr als die übrigen neunzig Prozent der Bevölkerung zusammen. Trotz Krise ist das Vermögen der über 100 Milliardäre in Deutschland seit 2019 um fast 100 Milliarden Euro gewachsen. Parallel dazu hat die öffentliche Verschuldung zugenommen.

Die Corona-Krise wird historisch teuer: für den Bund, für die Länder, Kommunen und Sozialversicherungen. In den öffentlichen Haushalten wird Corona über Jahre nachwirken. Schon heute gibt es Rufe nach der Einschränkung sozialer Leistungen nach der Krise. Alle »freiwilligen Leistungen« wie Kultur- und Freizeitangebote werden noch mehr unter Druck geraten. Die Krise zeigt aber auch, vieles geht, wenn der politische Wille da ist. Wir sagen, Politik ist dem Gemeinwohl verpflichtet, und nicht der eigenen Tasche. Wir sagen lieber gleichwertige Lebensverhältnisse statt 2 Prozent für die NATO. Wir sagen, wer gegen Armut durchgreifen will, darf beim Reichtum nicht zimperlich sein. Wer Freiheit verteidigen will, muss soziale Sicherheit schaffen.

## Für ein gemeinsames Land. Jetzt.

■ Um die lange versprochenen Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West endlich herzustellen, müssen ostdeutsche Interessen auf höchster Regierungsebene besser verankert werden. **Deswegen plädieren wir für ein Bundesministerium für gleichwertige Lebensverhältnisse.** Dafür sollte auch das bisherige CSU-geführte »Heimat«-Ressort abgeschafft werden. Wir fordern, DAX-Unternehmen mit Bundesbeteiligung, wie die Deutsche Post oder die Deutsche Telekom, sowie mehr und neue Bundesbehörden nach Ostdeutschland zu holen.

■ **Gleiche Rente sofort – Kanzlerinnenversprechen einlösen:** Im Jahr 2014 hatte Angela Merkel versprochen, »2020 soll die Renteneinheit erreicht sein«. DIE LINKE im Bundestag fordert jetzt Vollzug: Die Rentenwerte in Ost und West sind sofort anzugleichen und die Umrechnung der Ostlöhne auf Westniveau bis 2030 beizubehalten, um die bestehende Lohnlücke auszugleichen.

■ **Gerechtigkeitsfonds statt Knauserei für »Härtefälle«:** Bei der Renten-Überleitung gestrichene Ansprüche aus der DDR sind endlich anzuerkennen. DDR-Biographien dürfen in der Bundesrepublik keine beschädigte Ware mehr sein. Angemessene Entschädigungszahlungen können ein Weg sein, diese Ansprüche wenigstens zum Teil auszugleichen.

■ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Keine Bürger zweiter Klasse im Osten:** Wir fordern eine Lohnoffensive Ost durch mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge, um die Löhne in den neuen Ländern bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode **im Jahr 2025 zu 100 Prozent** an das Westniveau anzugleichen.

■ **Mindestlohn rauf! Lohnkosten der Privaten zahlt nicht der Staat:** Der Niedriglohnsektor muss geschlossen und der **gesetzliche Mindestlohn zügig auf 13 Euro** angehoben werden. Insbesondere Arbeiterinnen und Arbeiter im Osten und Frauen in Westen würden davon profitieren. Wir wollen einen Vergabemindestlohn, der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TVL orientiert, verbindlich für die Vergabe machen.

■ **Führungspositionen müssen Spiegelbild unserer Gesellschaft sein:** Das bedeutet mehr Frauen, mehr Ostdeutsche, mehr Migrantinnen und Migranten in die Führungsetagen bundesweit und in Ostdeutschland! Der öffentliche Dienst muss Motor werden, um Karrierewege Ostdeutscher zu ermöglichen, mit Förderinstrumenten zur Hebung unterrepräsentierter Gruppen. Ein Monitoring ist in den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit aufzunehmen.

■ Zügige Umsetzung der Maßnahmen der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«: Aufbau eines **»Begabtenförderungswerks Ostdeutschland«** und eines **»Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit«**.

■ Weitere Bereiche des **Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks sind in die ostdeutschen Bundesländer** zu verlagern, mit mehr Entscheiderinnen und Entscheidern mit Ostbiographie.

■ **Würde sichern statt Profite für Pflegekonzerne:** Das Pflegeheim wird für immer mehr Menschen zu einer Armutsfalle, etwa ein Drittel der Bewohner muss inzwischen Sozialhilfe beantragen. Der Bundesgesundheitsminister muss endlich einen **Entlastungsplan Pflege** vorlegen: Die Kosten für einen Heimplatz sollten deutlich unter dem Rentenniveau liegen.

■ **Meinem Kind wird es mal besser gehen, Aufstiegsversprechen wiederherstellen:** Kinderarmut ist das größte Zukunftsrisiko Deutschlands. Laut Kinderschutzbund sind etwa 4,4 Millionen Kinder arm oder von Armut bedroht. Wir brauchen eine **Politik der Nulltoleranz bei Kinderarmut und eine armutsfeste Kindergrundsicherung**.

■ **Keine einzige Klinik darf mehr dicht gemacht werden! Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand!** In Sachsen-Anhalt hat die Linksfraktion ein Konzept für eine landeseigene Krankenhausgesellschaft vorgelegt. Zudem muss das Fallpauschalen-System abgeschafft werden!

■ **Demokratiefördergesetz einführen:** Die Union verhindert das Kernstück des neuen Maßnahmenpakets gegen Nazis. Bildungs- und Beratungsprojekte müssen stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Für Opfer rechter Gewalt fordern wir ein Bleiberecht.

■ **Die Bahn muss zurück in die Fläche:** Rund 6.500 Kilometer Strecke der Deutschen Bahn sind seit 1990 in Deutschland stillgelegt, 40 Prozent davon in Ostdeutschland. Das war klimapolitisch und strukturpolitisch ein schwerer Fehler. Wir fordern ein **Reaktivierungsprogramm der Deutschen Bahn für stillgelegte Strecken** in Abstimmung mit den Bundesländern.

■ **Gigabit-Gesellschaft statt Entwicklungsland:** Wir brauchen eine bundesweite Kraftanstrengung, um allen Bürgerinnen und Bürgern und allen Betrieben schnellstmöglich **Internet in Gigabit-Geschwindigkeit** zu ermöglichen.

■ **Wer Armut nicht will, muss Reichtum begrenzen: Vermögenssteuer wieder** erheben, maßlosen Reichtum besteuern, Corona-Kosten bei Krisengewinnlern abfordern.

## Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

**Eva von Angern**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

**Simone Oldenburg**, Vorsitzende der Fraktionsvorsitzendenkonferenz DIE LINKE

**Amira Mohamed Ali**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Dr. Dietmar Bartsch**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Jan Korte**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Matthias Höhn**, Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

**Gregor Gysi**, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Magdeburg, 1. Juni 2021